

434/AE XXI.GP

Eingelangt am:10.05.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Ulrike Lunacek, Freundinnen und Freunde
betreffend Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer

Eine erdrückende Schuldenlast - zum größten Teil unbezahlbar und aufgebläht durch Zinsen und Zinseszins von säumigen Rückzahlungen - zwingt die verarmten Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika, die Bildungs - und Gesundheitsbudgets zu kürzen. Dies ist eine unhaltbare Situation, unter der vor allem die Ärmsten zu leiden haben.

1996 hatten die Weltbank und der Internationale Währungsfond auf multilateraler Ebene einen Entschuldungs - Plan für die ärmsten Länder beschlossen. Die im Rahmen der internationalen Entschuldungsinitiative festgelegten Nachlässe, so sie einmal umgesetzt werden, reduzieren die Schulden zwar, werden aber nicht ausreichen, um genügend Mittel für eine effektive Armutsbekämpfung freizusetzen. Laut Berechnungen der Weltbank wird der Schuldendienst für die ersten 22 Länder, die sich für die Entschuldungsinitiative qualifizieren konnten, nur um durchschnittlich 26,7 % reduziert. Viele Gläubigerländer haben sich daher bereit erklärt, über die international vereinbarten Mindesterlässe hinauszugehen und die Schulden zur Gänze zu streichen. Österreich gehörte bisher nicht dazu.

Die von „Erlaßjahr 2000 Österreich“ und von der Österreichischen Forschungsstiftung für Entwicklungspolitik (ÖFSE) kürzlich herausgegebene Studie *"Zukunft ohne Schulden? Alternativen zur bisherigen Gläubigerpolitik Österreichs gegenüber den hoch verschuldeten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas"* präsentiert konkrete Vorschläge, wie Österreich im Falle von 22 Schuldnerländern in Afrika, Asien und Lateinamerika vorgehen könnte. 21 der in der Studie angeführten Länder waren bereits Ende 1997 mit 20 Milliarden Schilling gegenüber Österreich verschuldet. Umgerechnet auf die Belastungen der Österreicherinnen pro Kopf wären das nur maximal 21 Schilling pro Monat über zehn Jahre hinweg, um diese Länder komplett zu entschulden. Dieser Betrag verringert sich, wenn man die im internationalen Rahmen ohnehin nachzulassenden bzw. in der Zwischenzeit bereits nachgelassenen Schulden abzieht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, über die international vereinbarten Mindesterlässe hinauszugehen und entsprechend den Vorschlägen der Studie *"Zukunft ohne Schulden" Alternativen zur bisherigen Gläubigerpolitik Österreichs gegenüber den hochverschuldeten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas* (Hg. „Erlaßjahr 2000“ und ÖFSE) den ärmsten Ländern die bilateralen Schulden unter den in der Studie vorgeschlagenen Bedingungen zur Gänze zu streichen und in Fällen von Bürgerkrieg oder gravierenden Menschenrechtsverletzungen einlangende Schuldentrückzahlungen auf ein Treuhandkonto für Entwicklungsprojekte zu überweisen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuß vorgeschlagen.